

**Der Schlei-Bote berichtete am 3. April 2012 auf der Seite Kappeler Nachrichten:**

## **Baugenehmigung für Hotelkomplex in Sicht**

Nach Kontroverse im Bauausschuss: Investor darf weniger Parkplätze errichten

**Kappeln** Wieder einmal sorgte der geplante Umbau des Getreidespeichers am Südhafen in einen Hotelkomplex für Zündstoff im Bau- und Planungsausschuss. Diesmal ging es in einer Beschlussvorlage der Verwaltung „in Absprache mit der Genehmigungsbehörde des Kreises“ um die Ablösung von 15 der 33 nachweispflichtigen Stellplätze.

„Wir haben damals in unserem Beschluss doch gesagt, dass wir keine Ablösung von Parkplätzen wollen“, wandte Bauausschussvorsitzender Josef Janowski (CDU) ein. Und CDU-Fraktionsvorsitzender Horst Trauzettel stellte klar, dass sich seine Fraktion in einer Fraktions Sitzung mit großer Mehrheit gegen eine Ablösung ausgesprochen habe. „Der Investor hat auf dem Gelände genügend Platz für Stellplätze“, so Trauzettel. Rainer Moll (SPD) wollte diese Beurteilung dem Bauamt überlassen, gab aber zu bedenken: „Wenn nicht genügend Stellplätze da sind, keine abgelöst werden und der Kreis dann den Antrag ablehnt, dann haben wir das wieder an der Backe.“

Bürgermeister Heiko Traulsen bestätigte das: „Der Kreis ist mit dieser Lösung einverstanden. Wenn wir keine Stellplätze ablösen, dann ruht das Bauvorhaben.“ Trauzettel überzeugte das nicht. Bislang habe der Investor, es handelt sich dabei um die Peter Rothe GmbH & Co. KG, das Verfahren eher schleppend angegangen, meinte er. „Haben wir denn auch eine Sicherheit, dass es mit der Ablösung der Stellplätze auch mit den Arbeiten losgeht?“

Die Verzögerung führte der Bürgermeister vor allem auf die vergeblichen eigenen Initiativen des Investors beim Kreis zurück. Nun habe die Stadt gemeinsam mit Investor und Kreis die Gespräche geführt. Dieses Verfahren könnte standhalten. „Davon hängt die Baugenehmigung ab.“ Und zu den sieben Parkplätzen, die im Nestléweg ausgewiesen werden, sagte er, dass diese zeitlich befristet sind, und die Cremilk wegen des Lieferverkehrs keine Bedenken habe. Für Dittmer Heil (SPD) war die Sache klar: „Ob einer der letzten Schandflecken der Stadt auf Jahre so bleibt oder aber ob dort gebaut wird, sollten wir nicht von einigen Parkplätzen abhängig machen.“

Traulsen betonte, dass die Stadt insgesamt eine „Ablösesumme“ von 67 500 Euro erhalte. Rudolf Rückert (LWG) kritisierte, dass nicht gebaut wird, wenn die Parkplätze nicht abgelöst werden. „Wir sollten das ohne Druck entscheiden. Andererseits ist so eine Ablösung kein Einzelfall.“ Laut Rückert müsse es in solchen Fällen aber eine Linie geben. Und für das LWG-Ausschussmitglied bedeutete das auch: „Die Stadt muss dann aber auch die Parkplätze bauen, wenn sie das Geld kriegt.“

Moll meinte, dass es ihm bei dieser Entscheidung auch um Arbeitsplätze gehe. „Von der Stadt aus sollten wir daher nichts tun, was dieses Projekt gefährdet.“ Das rief den Bau- und Planungsausschussvorsitzenden auf den Plan: „Es kann doch nicht sein, dass immer nur von der Stadt gefordert wird.“

Anette Kießig vom Bauamt rief in Erinnerung, dass in den Planungen ursprünglich ausreichend Parkplätze ausgewiesen waren. Erst nach Erstellung eines Lärmgutachtens war klar, dass etliche Stellplätze dort nicht entstehen konnten. Traulsen ergänzte, dass auch aufgrund der Brandschutzordnung weitere Stellplätze am Objekt nicht realisiert werden können.

Bürgervorsteher Jürgen Seemann (CDU) machte klar, dass für ihn nicht der fiskalische Aspekt entscheidend sei, sondern der Anblick des Südhafens. Daher hoffte er auf einen Abriss der nördlichen und südlichen Halle. „Wenn der Investor wirklich was Schönes schaffen will, dann macht er das auch.“ Der Bürgermeister versicherte dagegen, dass Rothe einen solchen Abriss nicht vorhabe.

Horst Trauzettel erklärte, dass er sich an das Votum seiner Fraktion gebunden fühle und sich daher der Stimme enthalten werde. Die übrigen CDU-Ausschussmitgliedern könnten aber frei abstimmen. Letztlich gab es eine Entscheidung für den Antrag ohne eine CDU-Stimme. Denn die vier Ja-Stimmen kamen von SPD, LWG und SSW. Drei CDU-Mitglieder enthielten sich der Stimme, und Ausschussvorsitzender Janowski stimmte gegen den Beschlussvorschlag. yv